

SO-03 (vormals V-16) NO JUSTICE, NO PEACE – Globalen Zusammenhalt stärken!

Gremium: BAG Frieden & Internationales  
Beschlussdatum: 25.09.2016  
Tagesordnungspunkt: SO Sozialer Zusammenhalt

1 Gerechtigkeit endet nicht an den Grenzen von Ländern oder Kontinenten. Internationale  
2 Gerechtigkeit ist eine Grundvoraussetzung für Frieden, sowohl im engeren Sinne der  
3 Abwesenheit kriegerischer Gewalt als auch im weiteren Sinne einer friedvollen,  
4 wohlgeordneten Kooperation der Menschen.

5 Die fortdauernde krasse politische, ökonomische, ökologische und soziale Ungerechtigkeit der  
6 Weltordnung trägt in vielerlei Hinsicht zu Krieg und Gewalt bei. Sie ist in erster Linie  
7 lebensbedrohlich für die Machtlosen. Aber auch in den mächtigen, privilegierten Staaten des  
8 Westens führt sie dazu, dass das Sicherheitsempfinden der Bürger\*innen schwindet und eine  
9 repressive Innenpolitik befördert wird. Auch wird so die Kooperationsbereitschaft der  
10 Staaten gemindert.

11 Internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen (VN), der Internationale  
12 Strafgerichtshof (IStGH) oder die Weltbank stellen einerseits einen großen Fortschritt in  
13 der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen dar; andererseits schreiben ihre  
14 vermachteten Strukturen historisch gewachsene Ungerechtigkeiten fort. Eine an Gerechtigkeit  
15 orientierte Politik muss deshalb darauf zielen, diese Institutionen sowohl zu stärken als  
16 auch zu reformieren. Gerade in Zeiten, in denen das Völkerrecht, insbesondere von  
17 hochgerüsteten Staaten, zwar viel im Munde geführt aber selten geachtet wird, bedarf es  
18 unserer Anstrengungen, es zu erhalten, zu stärken und weiterzuentwickeln.

19 Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist in Deutschland ein grundgesetzlich  
20 verankertes Staatsziel; es ist ein Erfordernis globaler Gerechtigkeit, diesen Anspruch auf  
21 die gesamte Menschheit auszudehnen. Die ökonomische Weltordnung trägt diesem Prinzip in  
22 keiner Weise Rechnung; im Gegenteil sind die bestehenden Institutionen darauf ausgelegt, die  
23 bestehenden wirtschaftlichen Ungleichheiten aufrechtzuerhalten. Hier sind wesentlich  
24 ambitioniertere Reformanstrengungen erforderlich.

25 Die Entscheidungsgremien zentraler ökonomischer Institutionen wie Weltbank und der  
26 internationale Währungsfond (IWF) müssen demokratisiert werden. Auch die  
27 Welthandelsorganisation (WHO) ist dringend reformbedürftig. Bisher stand sie für einseitige  
28 Handelsliberalisierung und Deregulierung und versäumte es Handelspolitik mit international  
29 verbindlichen Regeln zum Schutz von Mensch und Umwelt in Einklang zu bringen.  
30 Entwicklungsländer müssen die Möglichkeit erhalten, ihre heimische Wirtschaft zu schützen,  
31 insbesondere damit diese Länder ihre Ernährungssouveränität sichern können. Darüber hinaus  
32 müssen die Zölle in der EU auf verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern abgeschafft und  
33 marktverzerrende EU-Subventionen abgebaut werden.

34 Die Zusammensetzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und insbesondere die  
35 Privilegierung einzelner Staaten durch ein Vetorecht spiegelt die Machtkonstellationen zur  
36 Mitte des vergangenen Jahrhunderts wieder; sie ist undemokratisch und aus der Zeit gefallen.  
37 Eine Reform wird nicht einfach sein, doch sie muss immer wieder angemahnt werden. Der  
38 Missbrauch des Vetos für die Partikularinteressen der ständigen Mitglieder kann nicht  
39 juristisch verhindert, aber er muss politisch delegitimiert werden. Deutschland und die  
40 Europäische Union (EU) sollten Reformbestrebungen unterstützen. Ein Ansatzpunkt dafür ist  
41 die französische Initiative für einen freiwilligen Verzicht auf das Veto bei schweren

42 Gräueltaten. Auf keinen Fall darf Deutschland eine Reform der Vereinten Nationen durch  
43 Ambitionen auf einen eigenen ständigen Sitz erschweren.

44 Die äußerst ungleiche Anwendung internationalen Rechts ist eine seiner größten Schwächen.  
45 Auch Deutschland und die EU machen sich immer wieder dieser Ungleichbehandlung schuldig.  
46 Völkerrechtsverstöße und Menschenrechtsverletzungen missliebiger Staaten werden verurteilt  
47 und sanktioniert, während ebenso schwere Verbrechen von ‚Verbündeten‘ häufig stillschweigend  
48 toleriert, politisch gedeckt oder gar durch Überflugrechte, Basennutzung und  
49 Waffenlieferungen überhaupt erst möglich gemacht werden. Das Ergebnis ist eine massive  
50 Schädigung des Völkerrechts, das deshalb in weiten Teilen der Welt als Recht der Stärkeren  
51 wahrgenommen wird. Unser Ziel muss dagegen die Stärkung des Rechts sein, ohne die eine  
52 friedliche Entwicklung der Welt kaum möglich ist.

53 Ein Fall massiven Rechtsbruchs auf internationaler Ebene, der uns auch als Europäer\*innen  
54 besonders betrifft, ist der mittlerweile von fast allen Seiten als illegaler und illegitimer  
55 anerkannter Angriff auf den Irak 2003. Nachdem der britische Chilcot-Bericht noch einmal  
56 umfassend und eindringlich die Verantwortungslosigkeit des Angriffs auf den Irak deutlich  
57 gemacht hat und selbst führende Beteiligte wie der damalige stellvertretende britische  
58 Premierminister zu dem Schluss gekommen sind, dass es sich um einen völkerrechtswidrigen  
59 Angriffskrieg handelte, ist eine juristische Aufarbeitung überfällig. Wenn die nationalen  
60 Gerichte dazu nicht willens oder in der Lage sind, sollten Deutschland und die EU sich dafür  
61 einsetzen, dass die VN-Generalversammlung beim Internationalen Gerichtshof ein Gutachten  
62 über die Legalität des Krieges einholt und der Internationale Strafgerichtshof seine  
63 Zuständigkeit für im Rahmen des Krieges verübte Verbrechen ausübt.

64 Mit Palästina hat am 27. Juni 2016 der dreißigste Staat die Änderung des Römischen Statuts  
65 zur Erweiterung der Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs um das Verbrechen  
66 der Aggression ratifiziert. Damit ist der Weg dafür frei, dass die Änderung ab 2017 durch  
67 eine Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten in Kraft gesetzt wird. Deutschland und die EU  
68 sollten sich dafür einsetzen, dass dies frühestmöglich geschieht und dass weitere Staaten,  
69 insbesondere die noch ausstehenden EU-Mitgliedstaaten, die Änderung ratifizieren. Damit  
70 könnten in Zukunft auch die obersten Entscheidungsträger\*innen auf internationaler Ebene für  
71 Angriffskriege juristisch belangt werden. Dies würde internationales Recht stärken und zu  
72 einem friedlichen Zusammenleben weltweit beitragen.

## Begründung

erfolgt mündlich